GENDER OPEN REPOSITORIUM

# Krise und Kritik. Über-Arbeiten oder Über-Leben :

**Michalitsch, Gabriele**

**2010**

**https://doi.org/10.25595/1745**

**Veröffentlichungsversion / published version**
**Zeitschriftenartikel / journal article**

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Michalitsch, Gabriele: *Krise und Kritik. Über-Arbeiten oder Über-Leben :* , in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 19 (2010) Nr: 1, 104-111. DOI: https://doi.org/10.25595/1745.

**Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.**

**Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

**Terms of use:**

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

# Krise und Kritik: Über-Arbeiten oder Über-Leben

GABRIELE MICHALITSCH

Schon der gemeinsame griechische Wortstamm *krinein* (scheiden, sondern, trennen) verweist auf die inhärente Verknüpfung von Krise und Kritik. Während das griechische *krisis* Entscheidung, Ausschlag, Trennung bedeutet und somit den Aspekt der Veränderung in sich trägt, bezeichnet *krites* den Richter und deutet auf Urteilsfähigkeit. Krise und Kritik stehen folglich in enger Beziehung zueinander: Jede Krise nährt Kritik und bedarf ihrer, um sie generierende Problematiken, Widersprüche, Konflikte ebenso wie Potenziale notwendigen Wandels aufzuzeigen.
Die Haltung der Kritik charakterisiert Foucault als „Kunst nicht dermaßen regiert zu werden" (Foucault 1992, 12). Was aber bedeutet es angesichts der Vielzahl zu konstatierender gesellschaftlicher Krisen, nicht dermaßen, nicht auf diese Weise regiert zu werden? Diese Frage, die nicht zuletzt die nach dem „guten Leben" impliziert, bezieht der vorliegende Beitrag vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise und ihrer Folgen auf Erwerbsarbeit als zentralen, Lebensverhältnisse unmittelbar bestimmenden gesellschaftlichen Regulationsmodus. In Form einer von der Finanzkrise ausgehenden skizzenhaften „Genealogie der Krisen" zeigt der Beitrag die Krise des gegenwärtigen, wesentlich auf Erwerbsarbeit beruhenden Systems von Regierung auf, vor deren Hintergrund „nicht dermaßen regiert zu werden" schließlich zu einer Frage des Überlebens kristallisiert.
Ausgangspunkt bildet hierbei Foucaults Begriff der Regierung, der eine Form von Machtausübung bezeichnet, die Individuen durch die Produktion von Wahrheit[1] anleitet, lenkt, führt und so zu Subjekten formt. Regierung umfasst Foucault folgend die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, durch welche Menschen gelenkt werden, sowie sämtliche Prozeduren, Techniken und Methoden, welche die Lenkung von Menschen untereinander gewährleisten (Foucault 1996, 119). Als „Führung der Führungen" zielt sie auf das Verhalten der Menschen. Foucault unterscheidet hierbei unter anderen Herrschafts- von Selbsttechniken. Selbsttechniken ermöglichen es Individuen, mit eigenen Mitteln auf ihre Körper oder ihre Psyche einzuwirken. Sie sind nicht bloßer Ausdruck von Herrschaftstechniken, sie ergänzen oder verstärken sich nicht zwangsläufig, doch bedingen sie sich wechselseitig ebenso wie sie aufeinander einwirken. Mit Regierung verbindet sich folglich nicht bloße Unterwerfung oder Beherrschung von Subjekten, sondern vielmehr deren Hervorbringung. Diese Konzeption von Regierung ermöglicht nicht nur, das Zusammenwirken politischer und ökonomischer Regulation zu erfassen, sondern auch deren Zwangs- und Freiheitskomponenten, wie sie Erwerbsarbeit charakterisieren.

## Ökonomische Krise

Neoliberale Politiken zunehmender Umverteilung von unten nach oben, Privatisierung sozialer Sicherung sowie Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte (Schulmeister 2009, Huffschmid 2009, Bischoff 2008) ermöglichten die langfristige Akkumulation privaten Finanzvermögens, das sich zwischen 1980 und 2007 von 12 Billionen US-Dollar auf 196 Billionen US-Dollar vervielfachte, während sich das weltweite Sozialprodukt gleichzeitig lediglich von 10 auf 55 Billionen US-Dollar erhöhte (Huffschmid 2009, 2).

Umverteilung von unten nach oben zeigt sich etwa an der Entwicklung der seit Mitte der 1970er Jahre in den meisten Industrieländern nahezu kontinuierlich sinkenden Lohnquote.[2] Deren Rückgang spiegelt vor allem die Zunahme von Arbeitslosigkeit und das starke Wachstum von Unternehmens- und Vermögenseinkommen wider, die zunehmend in die Finanzmärkte flossen. Darüber hinaus wurden im Zuge der zunächst in den USA, später auch in Europa vollzogenen Umstellung der Rentensysteme vom Umlage- zum Kapitaldeckungsverfahren und durch die Forcierung privater Altersvorsorge enorme Kapitalströme in die Finanzmärkte gelenkt. Schließlich führten die mit der Abkehr vom Bretton-Woods-System fester Wechselkurse 1971 einsetzende Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte zu erhöhten Kursinstabilitäten, die Spekulation, Bedarf an Kursabsicherung und damit einhergehend die Kreation neuer Finanzprodukte vor allem seit den 1980er Jahren gleichermaßen förderten. Gleichzeitig erhöhte sich die Geschwindigkeit von Finanztransaktionen bei minimalen Transaktionskosten vor allem im Zuge der Entwicklung neuer Kommunikationstechnologien und verstärkte ebenso wie vermehrt eingesetzte computergestützte Spekulationssysteme Kursschwankungen. Von wachsenden Renditenansprüchen im Zeichen des Shareholder Value getrieben, verlagerte der Bankensektor seine Aktivitäten vermehrt von Investitionsfinanzierung zu Asset Management, realwirtschaftliche Unternehmen ersetzten Investitionen in Produktionskapazitäten mehr und mehr durch profitablere Finanzanlagen. All diese Entwicklungen führten zur Aufblähung des globalen Finanzmarkts und schufen damit über Jahrzehnte jenes Krisenpotenzial, das sich mit der ab 2007 einsetzenden „Schubumkehr" (Schulmeister 2009, 2) zu realisieren begann. Vor diesem Hintergrund markiert die Subprime-Krise letztlich lediglich den Auslöser, der die Finanzmärkte erlahmen ließ, sodass sie die ihnen zugedachte Funktion der Koordination von Kapitalströmen nicht mehr erfüllten und in weiterer Folge die in eine Phase konjunkturellen Abschwungs übergehende globale Wirtschaft in eine tiefe Rezession stürzten.

Finanz- und Wirtschaftskrise resultierten folglich aus langjährigen auf Marktmechanismen und Profitrationalität fokussierten neoliberalen Politiken. Zwar verband sich mit der Erstarrung der Finanzmärkte zunächst eine deutliche Verschiebung des wirtschaftspolitischen Diskurses – staatliche Intervention in Märkte galt nicht länger als schädliche oder überflüssige Beschränkung, sondern avancierte zum Gebot der Stunde –, die europäischen Stabilisierungsprogramme deuten jedoch kaum auf einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Sie konzentrieren sich auf die

Stützung von Banken und realwirtschaftlichem Unternehmenssektor, dem auch die umfangreichen Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand vorrangig zugute kommen. Die dem Bedarf etwa im Betreuungs- und Pflegebereich entsprechende Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor, Arbeitszeitverkürzung ebenso wie Umverteilung zugunsten des unteren Einkommensdrittels fehlen im Rahmen der Konjunkturmaßnahmen. Darüber hinaus zielen sie vorrangig darauf, Männerarbeitsplätze – besonders in Industrie und Bauwesen – zu sichern, während steigende Erwerbslosigkeit von Frauen und verstärkte Prekarisierung weiblicher Beschäftigung sozioökonomische Geschlechterhierarchien vor allem im Hinblick auf Arbeitsmarktstatus, Einkommen und Zugang zu sozialer Sicherheit verstärken (Michalitsch 2009). Doch scheint mit der Stabilisierung ökonomischer „Systemgrundlagen" auch diejenige kurzfristig ins Wanken geratener Machtverhältnisse – nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern – vorerst gelungen.

## Soziale Krise

Angesichts der Ausrichtung der Krisenpolitik und hieraus folgender auf den Sozialbereich fokussierter Spardebatten – neben den Stabilisierungskosten dient die Belastung öffentlicher Haushalte durch Arbeitslosigkeit als Grundlage für die erneute Infragestellung verbliebener sozialstaatlicher Leistungen – zeichnet sich eine Fortführung neoliberaler Politiken ab. Im Hinblick auf Arbeitsmarkt und Sozialsystem waren diese in den letzten beiden Dekaden europaweit durch Workfare-Strategien von Arbeitsmarktderegulierung, Arbeitskostensenkung, Sozialabbau und Aktivierung charakterisiert, die durch Förderung von Beschäftigungsfähigkeit, Verweigerung eines stabilen Status außerhalb des Arbeitsmarktes und Absenkung des Lohnersatzes bei Erwerbslosigkeit möglichst alle Erwerbsfähigen in Erwerbsarbeit integrieren und Arbeitslose zu aktiver Arbeitssuche anhalten sollten, um ein entsprechendes Arbeitsangebot im sich ausweitenden Niedriglohnsektor zu sichern. Die solcherart vorangetriebene Differenzierung von Arbeitsverhältnissen und Einkommen – nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern – bei anhaltend hoher Erwerbslosigkeit führte zu erheblicher sozialer Polarisierung, die sich im Gefolge der Wirtschaftskrise verstärkt und zu einer tiefen sozialen Krise verfestigt.

Da steigende Arbeitslosigkeit als beständige Bedrohung fungiert, die nicht nur die Unsicherheit der Beschäftigten fördert, sondern auch die Position der Gewerkschaften weiter schwächt und so die Machtasymmetrie zwischen Arbeit und Kapital verschärft, zeichnen sich weitere Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, Reallohnsenkungen, Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, Erhöhung von Leistungs- wie Flexibilitätsanforderungen und zunehmende Externalisierung unternehmerischen Risikos an die Arbeitskräfte etwa durch auslastungsbezogene Entgeltsysteme oder Auftragsvergabe an Neue Selbstständige ab. Sie treffen, wie die Entwicklung der letzten Dekaden ebenso wie der bisherige Krisenverlauf zeigen, Frauen überproportional. Dabei droht im Zuge verschärfter Arbeitsplatzkonkurrenz auch die Retraditionalisierung von Geschlechterentwürfen, zumal Einkommensrückgänge in-

folge von Erwerbslosigkeit oder Prekarisierung – ebenso wie absehbare Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich – den Druck auf die private, nach wie vor primär Frauen zugewiesene Versorgungsökonomie erhöhen, diese durch mehr Eigenleistungen auszugleichen. Vermehrte Reproduktionsarbeit aber wirkt in weiterer Folge auf Ausmaß und Kontinuität vorrangig weiblicher Arbeitsmarktpartizipation und verstärkt Machtasymmetrien zwischen den Geschlechtern.
Mit wachsender (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und Prekarisierung weiten sich schließlich sozioökonomische Ungleichheiten, Armut und Armutsgefährdung aus, soziale Hierarchisierung, Marginalisierung und Exklusion, wie sie gesellschaftliche Desintegrationsprozesse charakterisieren, nehmen zu. Über Erwerbsarbeit, Kern kapitalistischer Produktionsweise, diffundiert die Wirtschaftskrise in die Gesellschaft. Die ökonomische Krise verleiht hierbei den infolge neoliberaler Deregulierungs- und Privatisierungspolitiken von Arbeit und sozialer Sicherung aufbrechenden sozialen Konfliktlinien und Spaltungen zusätzliche Dynamik, die immer größere Bevölkerungsgruppen von gesellschaftlicher Teilhabe ausschließt,[3] und kulminiert in einer sozialen Krise, deren Potenzial – ebenso wie das der Finanzkrise – während der letzten beiden Dekaden aufgebaut wurde.
Dabei gelingt es immer weniger, gesellschaftliche Integration durch Erwerbsarbeit zu sichern. Die zentrale der sozialen Krise zugrunde liegende Problematik liegt folglich weniger in Erwerbslosigkeit, die sich als „Lockerung kapitalistischer Kontrolle“ (Holloway 2005, 126) verstehen lässt, als vielmehr in Erwerbsarbeit als Modus gesellschaftlicher Regulation. Im Zuge der sozialen Krise wird folglich Regierung durch Erwerbsarbeit fragwürdig.

## Krise der Arbeit

Unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen stellt Erwerbsarbeit für die überwiegende Mehrheit der Menschen – mangels ausreichenden ererbten Vermögens – letztlich die einzige Option zur eigenständigen Sicherung materieller Existenzgrundlagen dar.[4] Auf diesem Zwang beruht der zentrale Stellenwert von Erwerbsarbeit als herrschende Form individueller Eingliederung in gesellschaftliche Zusammenhänge. An Erwerbsarbeit kristallisieren kapitalistisch-patriarchale Machtverhältnisse zu konkreten Lebensverhältnissen. So bestimmt Erwerbsarbeit den individuellen Zugang zu Ressourcen, Lebenschancen und Handlungsoptionen, aber auch – als zentrales Zurechnungskriterium von Anerkennung und sozialem Status – Identitäten, Selbstdefinitionen und Fremdbilder wesentlich.
Erwerbsarbeit strukturiert und reguliert das Soziale: Individuen werden über Erwerbsarbeit gleichermaßen in Beziehung zueinander gesetzt wie hierarchisiert und getrennt. Stets konkretisieren sich in Erwerbsarbeit kapitalistische ebenso wie patriarchale Herrschaftsverhältnisse, auch wenn sich deren Ausformungen in den letzten Jahrzehnten mit dem Übergang vom Fordismus zum Post-Fordismus verschoben haben.
Im Fordismus bleiben diese Herrschaftsverhältnisse nach außen deutlich: Die Organisation von Erwerbsarbeit wird vom Modell der Fabrik bestimmt: Die (männlichen)

Arbeitskräfte sind dauerhaft in bürokratisch verfasste (Industrie-)Betriebe mit nur wenigen in direkten Marktbeziehungen stehenden Abteilungen – wie Ein- und Verkauf –, mit klaren Hierarchien sowie auf strikter Zeitordnung und vorgegebenen Bewegungsabläufen beruhendem tayloristischem Disziplinarsystem eingebunden. Geschlechterverhältnisse werden nach dem Modell des Familienpatriarchats reguliert. Vollzeit erwerbstätige (Ehe-)Männer fungieren als Ernährer ihrer im Regelfall auf Reproduktionsarbeit beschränkten (Ehe-)Frauen. Der Zugang zu Erwerbsarbeit dient als Modus von Vergeschlechtlichung und geschlechtlicher Hierarchisierung.
Im Post-Fordismus verlagern sich diese Herrschaftsverhältnisse verstärkt nach innen, in das Subjekt selbst. Der durch gesteigerte Selbstkontrolle, Selbstökonomisierung und Selbstrationalisierung charakterisierte „Arbeitskraftunternehmer" (Pongratz/Voß 2003) avanciert zu dessen Modell. An die Stelle betrieblich vorgegebener Abläufe treten ergebnisorientierte, als Autonomie gedeutete Selbstorganisation und Selbststeuerung. Oftmals nur mehr über einzelne Aufträge an den Betrieb gebunden, sind die Arbeitskräfte zu kontinuierlicher Selbstvermarktung angehalten. Mit dem Versprechen ökonomischen Erfolgs geht hierbei die Forderung einher, „in das Management, die Präsentation, die Weiterentwicklung und Stärkung des eigenen ökonomischen Kapitals im Sinne eines persönlichen Vermögens und lebenslangen Projekts" (Rose 2000, 93) zu investieren. Erwerbsarbeit wird so mit der Entfaltung von Kreativität und individuellen Fähigkeiten, persönlichen Neigungen und Potenzialen verbunden, die in Verknüpfung mit dem Leistungsprinzip zugleich soziale Differenzierung ermöglicht. Diese Ausrichtung am Verhaltensmodell der Entrepreneurship bringt das „unternehmerische Selbst" (Bröckling 2007, 47) hervor und „kolonialisiert" solcherart die gesamte Existenz: Die Trennung von Erwerbstätigkeit und Privatleben löst sich auf, Lebensführung wird Gegenstand ökonomischer Verwertbarkeit, Erwerbsarbeit zur bestimmenden Form des Seins, Erwerbslosigkeit zum Ausdruck persönlichen Ungenügens.[5]
Zugang zu Erwerbsarbeit folgt dem Adult-Worker-Modell, Geschlechterverhältnisse werden dabei über die nach wie vor intakte Zuweisung von Reproduktionsarbeit an Frauen und Vergeschlechtlichung von Erwerbsarbeit reguliert. Letztere zeigt sich an einem weitgehend geschlechtlich gespaltenen Arbeitsmarkt, der zunehmend in einen männlich dominierten Kernarbeitsmarkt und einen weiblichen marginalisierten Arbeitsmarkt zerfällt, in dem atypische, überwiegend prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorherrschen, die mit vergleichsweise hoher Arbeitsplatzunsicherheit, niedrigen Löhnen, fehlenden Aufstiegschancen, schlechten Arbeitsbedingungen sowie mangelnder sozialer Sicherheit einhergehen und vielfach keine unabhängige Existenzsicherung ermöglichen. Sie bestimmen nicht zuletzt Machtverhältnisse im „Privaten" und stützen die Zuweisung von Reproduktionsarbeit an Frauen, denn vor allem im Hinblick auf die Höhe des Haushaltseinkommens scheint die Einschränkung oder Unterbrechung weiblicher Erwerbstätigkeit etwa zugunsten von Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen auch ökonomisch folgerichtig. Vergeschlechtlichung manifestiert sich aber auch an der Feminisierung von Berufs-

feldern in Abhängigkeit von inhaltlicher Nähe zu Reproduktionsarbeit bis hin zur Nutzbarmachung des weiblichen Körpers für Verwertungszwecke.
Mit dem Modell des unternehmerischen Selbst und dessen Negation von Reproduktionsarbeit charakterisiert das Verhältnis von Erwerbs- und Versorgungsarbeit ein grundlegender Widerspruch, der als persönliche Freiheit der Wahl politisch formuliert und – nicht zuletzt über mangelnde öffentliche Betreuungs- und Pflegeangebote – individualisiert wird, um schließlich in marginalisierte weibliche Arbeitsmarktpartizipation einerseits und verstärkte Auslagerung von Reproduktionstätigkeiten der Ober- und Mittelschicht vorrangig an Migrantinnen im informellen Sektor andererseits zu münden. Einer neuen Unterklasse sozial völlig ungesicherter Dienstbotinnen stehen damit vorrangig auf Erwerbsarbeit fokussierte neue Herrinnen gegenüber, die die Pole verstärkter klassenspezifischer, zunehmend ethnisierter Spaltungen zwischen Frauen markieren.
Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im „Privaten" bleibt davon unberührt, der grundsätzliche Widerspruch zwischen Reproduktions- und „selbst-unternehmerischer" Erwerbsarbeit ungelöst. Er artikuliert sich folglich in einer durch Individualisierung und öffentliche De-Thematisierung gesellschaftlich weitgehend unsichtbar gehaltenen Krise der Versorgungsökonomie. Schließlich erweist sich Reproduktionsarbeit, die in hohem Maße Beziehungsarbeit und folglich Emotionalität einschließt, als nur begrenzt professionalisierbar und delegierbar. An diesem Punkt stößt auch das unternehmerische Selbst an seine Grenze: Die Notwendigkeit der eigenen Reproduktion fordert Zeit für Beziehungen und Freiräume für Emotionen jenseits ökonomischer Verwertbarkeit.
Dennoch wird Erwerbsarbeit entgrenzt und als zentraler Referenzpunkt – vorrangig männlicher – Selbstdefinition und Sinnkonstruktion installiert, während der Konflikt von Produktion und Reproduktion vergeschlechtlicht und als Frage freier Wahl und privaten Arrangements interpretiert wird. In beiden Fällen tritt ihr Zwangscharakter hinter einen im neoliberalen Kontext auf Markt und Konsum fokussierten, von gesellschaftlichen Bedingungen abstrahierenden Begriff von Freiheit zurück. Erwerbsarbeit lässt sich folglich nicht auf ein bloßes Herrschaftsverhältnis reduzieren, sondern erschließt die Freiheit des Subjekts politökonomischen Verwertungszwecken. In der Verknüpfung von Herrschafts- und Selbsttechniken entspricht sie folglich einem Modus von Regierung, in dem Subjektivierungsprozesse zunehmend Bedeutung erlangen. Damit erweist sich letztlich die Frage nach den Konstitutionsbedingungen von Subjekten im Hinblick auf Regierung und ein „gutes Leben" als wesentlich.

## „Nicht dermaßen regiert werden"

Der inhärente Zusammenhang der Krisen von Ökonomie, Sozialem, Erwerbs- und Versorgungsarbeit macht die umfassende Krise neoliberaler Regierung deutlich, die bis in die Reproduktion des Lebens hineinreicht und die Frage nach dem „guten Leben" – jenseits der ökologischen Krise – in eine nach dem Überleben transformiert. Mögliche Antworten darauf bieten die im Kontext der „Krise der Arbeit" identi-

fizierten Problematiken: Entökonomisierung des Selbst, Lösung des Widerspruchs zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit sowie ihre Entgeschlechtlichung. Eine allen drei gemeinsame Voraussetzung besteht in genereller, radikaler Erwerbsarbeitszeitverkürzung, die sich mit breiter öffentlicher Diskussion destruktiver Aspekte von profitorientierter Erwerbsarbeit ebenso wie von gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten verbinden muss. Dabei sind auch Fragen nach dem, was als Wohlstand gilt, neu zu stellen und mit der Entwicklung entsprechender Muster gesellschaftlicher Anerkennung zu verbinden, die nicht zuletzt im Hinblick auf eine Entökonomisierung des Selbst von zentraler Bedeutung scheinen. Entgeschlechtlichung impliziert neben der Gleichverteilung von Erwerbs- sowie Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern völlige Gleichstellung im Bereich von Erwerbsarbeit, Orientierung an Geschlechterparität in der Besetzung aller Berufsfelder und eine grundlegende Revision der Lohnstrukturen durch Neubewertung von Arbeit auf Basis ihrer gesellschaftlichen Notwendigkeit mit Festlegung von Maximal- und Minimaleinkommen. Eine wesentliche Grundlage all dessen besteht in der Neubesetzung des Freiheitsbegriffs, die, von Markt und Konsum gelöst, grundsätzliche Notwendigkeiten des Lebens sowie die Freiheit der anderen betont und sich dabei an der Vielfalt von Lebensmöglichkeiten, Erfahrungshorizonten und Wissensformen orientiert. Ein solcher Freiheitsbegriff hätte sich auch in der Ausrichtung von Wissensproduktion und Wissensvermittlung zu spiegeln: Um Möglichkeiten gesellschaftlichen Lebens jenseits bestehender Modelle – im Hinblick darauf „nicht dermaßen regiert zu werden" – aufzuzeigen, müssen sich Denkräume für Kritik öffnen. Denn Gesellschaft braucht Kritik – nicht erst in der Krise.

## Anmerkungen

1 In westlichen Gesellschaften ist Wahrheit um den wissenschaftlichen Diskurs und die diesen produzierenden Institutionen zentriert. Permanenten ökonomischen und politischen Anforderungen ausgesetzt, wird sie vorrangig unter Kontrolle einiger weniger großer politischer und ökonomischer Apparate wie Universität, Armee und Massenmedien produziert und verteilt, in Erziehungs- und Informationsapparaten zirkulierend verbreitet und konsumiert.

2 Die Lohnquote gibt den Anteil der Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit am Volkseinkommen an, sie sank – unbereinigt um Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur – zwischen 1975 und 2007 in Deutschland von 74 auf 62 %, in Österreich von 79 auf 66 %.

3 Damit werden nicht zuletzt demokratische Grundlagen ausgehöhlt und postdemokratische Entwicklungen vorangetrieben, an denen sich Symptome einer politischen Krise ablesen lassen.

4 Auch sozialstaatliche Sicherung ist überwiegend an Erwerbstätigkeit gebunden.

5 In der Praxis finden vor allem abhängig von der beruflichen Hierarchiestufe nach wie vor beide Modelle bzw. Mischformen Anwendung.

## Literatur

**Bischoff**, Joachim, 2008: Globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die „neue Fesselung" des Kapitals. Hamburg.

**Bröckling**, Ulrich, 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt/M.

**Foucault**, Michel, 1992: Was ist Kritik? Berlin.

**Foucault**, Michel, 1996: Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori. Frankfurt/M.

**Holloway**, John, 2005: Zwei Risse. In: Exner, Andreas u.a. (Hg.): Losarbeiten – Arbeitslos? Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft. Münster, 123-131.

**Huffschmid**, Jörg, 2009: Finanzmarktkapitalismus – eine stabile Formation? Manuskript für die Konferenz „Kapitalismustheorien", 24.-25.4.2009, Wien, http://www.oegpw.at/tagung09/papers/PA3_huffschmid.pdf (2.12.2009).

**Michalitsch**, Gabriele, 2009: Konjunkturpolitik: Geschlechter-Macht und Geschlechter-Wahrheit. Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. 15. Jg. H 2, 91-96.

**Pongratz**, Hans J./**Voß**, G. Günter, 2003: Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierung in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin.

**Rose**, Nikolas, 2000: Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M., 72-109.

**Schulmeister**, Stephan, 2009: Wessen Hand war das? Die Presse, 7.2.2009, I-II.